
Buchbesprechung

Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant, Die deutsche Kommunistische Partei (DKP), Geschichte, Organisation, Politik, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1991, 302 Seiten, 28 DM

Das Jahr 1989 sollte auch für die bundesdeutschen Kommunisten zum Jubiläum werden. Es war geplant, den 70. Geburtstag der KPD, den 40. Jahrestag der DDR und die 20. Wiederkehr des ersten DKP-Parteitag zum Anlaß für ein gewaltiges „Festival des historischen Optimismus“ zu nehmen, das in Bottrop, dem „roten Herzen der Ruhr“, stattfinden sollte. Doch aus den „Meilensteinen des Sieges“ wurden fast über Nacht Grabsteine der Parteigeschichte. Das Jahr 1989 besiegelte nicht nur das Ende der DDR und ihrer staatstragenden Partei, es brachte auch das politische Aus für ihren bundesdeutschen Ableger, die DKP.

Es ist das Verdienst des Berner Politikwissenschaftlers Manfred Wilke und seiner Koautoren Marion Brabant und Hans-Peter Müller, kaum ein Jahr nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung in Ost- und Westdeutschland eine erste nicht parteilich gebundene Gesamtdarstellung der DKP, ihrer Geschichte, ihrer Organisation, ihrer Politik und ihres Scheiterns, vorgelegt zu haben. Ihr DKP-Buch kann sicher noch nicht alle Fragen der kommunistischen Parteigeschichte abschließend beantworten, aber es ermöglicht dem politisch interessierten Zeitgenossen, sich einen verlässlichen Einblick in das Innenleben der DKP zu verschaffen und sich ein objektives Urteil über die Gründe der Erfolglosigkeit zu bilden. Manfred Wilke hat die zwanzigjährige Geschichte der DKP fast von Anfang an mit Kritik und Widerspruch begleitet: er stand darum nicht nur bei den bundesdeutschen Parteikommunisten für lange Zeit im Ruf eines Kalten Kriegers. Nichtsdestotrotz hat er sich eine unbestreitbare Kompetenz geschaffen, die es ihm erlaubt, ohne

den Eifer und Zorn früherer Streitschriften auch aus seiner eigenen Feder die kommunistische Bewegung in den alten Bundesländern zusammenhängend zu beschreiben und zu beurteilen.

Die zentrale These von Manfred Wilke besagt, die Geschichte der DKP sei wesentlich von ihrem hauptamtlichen Parteiapparat bestimmt worden. In ihrem apparativen Kern sei die DKP keine hiesige Partei, sondern der Interventionsapparat der SED in der Bundesrepublik gewesen. Ich war fast zwanzig Jahre Mitglied der DKP, davon 18 Jahre ihres Parteivorstandes. Ich war zwar nie „Parteiapparatschik“ im engeren Sinn, aber aufgrund meiner gegenwärtigen Erfahrungen und Einsichten muß ich Wilkes Analysen in wesentlichen Punkten bestätigen. Wie vieler meiner Genossen war ich lange Zeit blauäugig und gutgläubig genug, um die organisatorische Abhängigkeit des gesamten Funktionärskaders von der SED nicht wahrhaben zu wollen. Obwohl ich Mitglied des formal höchsten Gremiums war, hat es auch bei mir sehr lange gedauert, bis ich das eigentliche Parteigeheimnis durchschaute und die Wirkungsweise jener „Partei in der Partei“ begriffen hatte, in deren Hand alle politischen Entscheidungen von Belang lagen.

Wilke ordnet die DKP in die Kontinuität der kommunistischen Bewegung in Deutschland seit Ende des Ersten Weltkrieges ein. Er weist nach, daß die Verapparatur der KPD mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Komintern schon sehr früh begonnen hat. Sie ging einher mit der Bolschewisierung und der nachfolgenden Stalinisierung der Partei, die zu Thälmanns Zeiten schon unumkehrbar geworden war. Die Parteistrukturen waren so fest gefügt, daß sie über alle Niederlagen und Katastrophen erhalten blieben und im Exil in Moskau trotz oder möglicherweise sogar wegen des Stalinschen Massenterrors „weiter

gefestigt" werden konnten. Mithilfe ihres apparativen Kerns, der „Gruppe Ulbricht“, konnten die deutschen Kommunisten zumindest in der Sowjetisch Besetzten Zone noch im Mai 1945 mit dem Wiederaufbau ihrer Parteiorganisation beginnen und sich eine Vormachtstellung gegenüber der bürgerlichen Konkurrenz sichern, die ihnen später die Gründung der DDR und den „Übergang zum Sozialismus“ sowjetischer Bauart ermöglichte. Auch die KPD, die 1956 in der Bundesrepublik verboten wurde - ein Schlag des „Klassenfeindes“, der dem Parteikader die Diskussion der eigenen Fehler und die Auseinandersetzung mit dem Stalinschen Erbe nach dem 20. Parteitag der KPdSU ersparte —, konnte ihren hauptamtlichen Funktionsapparat mit Hilfe der ostdeutschen Bruderpartei ohne wesentliche Einbußen und Probleme über die zwölf Verbotjahre hinwegretten und bei der Neukonstituierung der DKP im Jahre 1968 im wesentlichen dort anknüpfen, wo sie 1956 aufhören mußte. Der neue Parteiapparat war im Kern der alte: ein Umstand, der all denjenigen, die wie ich im Aufbruchsjahr 1968 neu zur DKP gekommen sind und die alten KPD-Kader nicht kannten und auch kaum kennen konnten, völlig verborgen geblieben ist. Ebenso wenig haben wir damals erkannt, daß die Relegalisierung der Kommunistischen Partei weniger dem „beharrlichen Widerstand der verbotenen KPD gegen das Karlsruher Schandurteil“ zu verdanken war als geheimdiplomatischen Absprachen mit Bonner Politikern im Vorfeld der Entspannungsverträge.

Die Gründungsphase der DKP wird von Wilke und seinen Mitautoren ausschließlich aus der Sicht des SED-Apparats dargestellt. Ich vermute, daß die Neukonstituierung trotz der politischen Vorgaben auf höchster Ebene zumindest an der Basis komplizierter und widersprüchlicher verlaufen ist und von scharfen Kontroversen etwa zwischen Max Reimann, dem altgedienten KPD-Vorsitzenden und Vertrauten Walter Ulbrichts, und Herbert Mies, einem engen Stallgefährten Erich Honeckers, begleitet war; auch

sowjetische Emissäre versuchten ein Wort mitzureden. Zudem vollzog sich der Prozeß im Jahre 1968, wenige Wochen nach dem Einmarsch des Warschauer Paktes in die CSSR. Die Partei profitierte zu Anfang ohne Frage, trotz ihres fremdgesteuerten Apparats, vom Widerspruchsgeist der Studentenbewegung, es gab zu jener Zeit durchaus noch kontroverse Debatten in der Partei, etwa zum Thema Prag, und es dauerte einige Jahre, bis die DKP gänzlich gleichgeschaltet war. Das geschah in meinen Augen ungefähr 1973, als Herbert Mies Kurt Bachmann als Vorsitzenden ablöste und Honecker in der DDR alle Zügel fest in die Hand nahm.

Korrekt und detailliert beschreiben Wilke, Müller und Brabant die interne Machtstruktur der Partei. Die Politik wurde allein von der „Truppe“ gemacht, jenen fünfhundert hauptamtlichen Parteiarbeitern, die allesamt in Ostberlin und Moskau geschult waren und kollektiv wie individuell vom Kaderchef, zuletzt von Kurt Fritsch, dem verantwortlichen Sekretär für Personal- und Organisationspolitik, angeleitet wurden. Der war in der Praxis mächtiger als der Parteivorsitzende, auch weil er über den direktesten Draht zur SED und über die Gelder der Bruderpartei verfügte. Die zuletzt von Otto Hans geleitete Schiedskommission wird von den Autoren zurecht als „innerparteiliche Geheimpolizei“ charakterisiert. Die von ihnen vermutete Zusammenarbeit mit der Stasi der DDR ist inzwischen durch neue Dokumente zweifelsfrei bewiesen worden. Die Kaderakten der DKP wurden in einem Spezialcomputer des Staatssicherheitsdienstes geführt. Einen solchen Verdacht haben Fritsch und Mies zu ihren Amtszeiten wiederholt empört, feierlich und mit ihrem Ehrenwort zurückgewiesen. Die bezirklichen Schiedskommissionen waren direkt mit den Stasi-Agenturen der Patenbezirke in der DDR verbunden. Ihre Leiter standen sogar auf den amtlichen Mitarbeiterlisten.

Die von der Autorengruppe gesammelten Belege für die direkte Abhängigkeit der DKP von der SED sind erdrück-

kend. Dennoch war der Parteiapparat nicht nur an die Bruderpartei in der DDR, sondern in gewisser Weise auch an die KPdSU gebunden. Gelegentlich konnte es sogar zu Interessenskollisionen kommen, zum Beispiel bei der Losung des Krefeider Appells „Keine neuen Atomraketen in West und Ost“, die zwar der SED, aber nicht den vom totkranken Brechnew repräsentierten sowjetischen Kommunisten in den Kram paßte. Auch die sowjetische KP unterhielt eine BRD-Abteilung, die lange Zeit von Viktor Grischin geleitet wurde, und die DKP leistete sich in Moskau ein aufwendiges Verbindungsbüro. Auf der Moskauer Leninschule wurden mehr Spitzenkader ausgebildet als am Ostberliner Mehring-Institut. Fast alle späteren Funktionäre der „Erneuerer“-Strömung hatten vorher in Moskau einen Dreijahreslehrgang absolviert und wurden von dem Philosophiedozenten Jan Vogeler betreut, dem Sohn des Malers Heinrich Vogeler, der schon lange vor Gorbatschow aufgrund seiner Biographie ein Kritiker des Stalinismus war. Auch die KPdSU versuchte auf ihre Weise und mit ihren Mitteln in die DKP hineinzuregieren. Ihren Arm habe ich selber zu spüren bekommen: Nach meinem „Fehlverhalten“ im Zusammenhang mit der Biermann-Krise sollte ich eigentlich aus dem Parteivorstand entfernt werden. Ich blieb am Ende nur, weil sich Viktor Grischin für mich stark gemacht hatte. Das mag für die Nichtbeteiligten anekdotisch klingen, aber das Beispiel zeigt doch, wie verzweigt und verzwickelt das System der internationalen Abhängigkeiten der DKP war. Bei einer klugen Politik hätte die Parteiführung diesen Gegensatz durchaus für eine selbständige Orientierung nützen können. Doch sie tat das genaue Gegenteil und versuchte, es möglichst allen recht zu machen, die sie auf den richtigen Kurs zu lenken versuchten.

Kenntnis- und faktenreich berichtet Wilke über die Fremdfinanzierung der DKP und die Strukturen der finanziellen Hörigkeit. Möglicherweise war die ökonomische Abhängigkeit von der SED noch

totaler, als der Autor vermutet. Auch die von der Parteiführung als reguläre Spenden ausgewiesenen Beträge sind in vielen Fällen den Spendern vorher heimlich zugesteckt worden und stammten letzten Endes aus dem Devisentopf Schalck-Golodkowskis. Ähnlich funktionierte auch die Alimentierung der Bündnisorganisationen. Auf ihren Konten verzeichneten sie regelmäßige Spendeneingänge, deren Herkunft nach außen hin anonym blieb.

Es bleibt auch nach Wükes Versuch einer Gesamtdarstellung sicher noch manches Parteigeheimnis zu lüften. Weitgehend unaufgeklärt ist nach wie vor der streng geheime Sicherheitsapparat der Partei - auch nach den Berichten über eine angebliche Müitärorganisation der DKP, die in der DDR ausgebildet wurde. Ich halte es für möglich, daß dieser „S“-Apparat nicht nur zur Stasi der DDR, sondern auch zu entsprechenden sowjetischen Einrichtungen Kontakte unterhalten hat und Bestandteil geheimer Strukturen gewesen ist, deren Anfänge auf die Komintern in den zwanziger Jahren zurückgehen. Nicht restlos geklärt ist auch die Frage nach den realen Mitgliederzahlen. Vielleicht hatten DKP-Führung und Verfassungsschutz ein gemeinsames Interesse daran, die tatsächliche Anzahl der DKP-Genossen hochzurechnen. Aus meiner Hamburger Wahrnehmung hatte ich jedenfalls schon früh den Eindruck gewonnen, daß die Mitgliederzahlen von der Partei nach oben aufgerundet wurden. Viele Genossen wurden doppelt gezählt, nach ihrem Wohnort und nach ihrer Gruppenzugehörigkeit. Außerdem gab es Mitglieder, deren Parteibuch „im Panzerschrank des Bezirksvorsitzenden verwahrt“ wurden. Sie spielten namentlich im Bündnisbereich eine beachtliche Rolle und sorgten dafür, daß die meisten Erfolge der Partei in diesem Bereich im wesentlichen auf „Bündnisse mit sich selbst“ zurückzuführen waren.

Die Bündnispolitik der DKP erläutern die Autoren des Buches an einer detaillierten Hintergrundanalyse der wahlpoli-

tischen Plattform „Friedensliste“, mit der die Kommunisten Mitte der achtziger Jahre mehrere Wahlkämpfe bestritten. Ich selber halte die „Friedensliste“ eher für eine ausgesprochene Verlegenheitslösung des Parteiapparats, der es seinen Mitgliedern einfach nicht mehr zumuten konnte, ihre Kräfte in immer neuen Wahlniederlagen zu verausgaben. Die 0,2-Prozent-Wahlergebnisse wirkten auf die Mitgliedschaft auf die Dauer sehr demoralisierend, aber den Apparat fochten sie kaum an, er setzte langfristig ohnehin auf andere Strategien. In der DKP war die „Friedensliste“ umstritten, und auch die SED-Berater mißtrauten dem Modell von Anfang an, weil es in ihrer Sicht zu sehr auf Kooperation mit der Grünen Partei hin angelegt war. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die Wahlpolitik der DKP und um das Verhältnis zu den Grünen führte 1985 dazu, daß der verantwortliche DKP-Anleiter im Zentralkomitee der SED, Günter Rettner, plötzlich abgelöst und durch einen Mann aus der Nähe Kurt Hagers ersetzt wurde, der die DKP vollends zum Instrument der Deutschlandpolitik der SED-Führung zu machen versuchte. Aber zweifellos haben Manfred Wilke und seine Koautoren Recht, wenn sie den parteiinternen Streit um die Friedensliste“ als das Vorspiel zum Parteikonflikt zwischen „Bewahrern“ und „Erneuerern“ in den Jahren 1987 bis 1989 sehen.

In den beiden Schlußkapiteln des Buches werden die Parteikrise und der Zusammenbruch der DKP ausführlich dargestellt und sachkundig kommentiert. Zum ersten Mal seit sechs Jahrzehnten legte in einer deutschen kommunistischen Partei eine oppositionelle Strömung eine programmatische Plattform vor und kämpfte unter Berufung auf die Perestroika-Politik von Michail Gorbatschow um die Mehrheit in der Partei. Das Bemühen der „Erneuerer“, die DKP von ihren stalinistischen Altlasten zu befreien, kam jedoch um zwanzig Jahre zu spät: vielleicht hätte es allenfalls in der DKP-Gründungsphase eine reale Chance gehabt. Danach war die DKP, „von Lenin-

schen Geist, von Stau geschweißt“, nicht mehr zu erneuern, sie wurde mehr und mehr zum Totengräber der eigenen Ideale. Wilke geht glimpflich mit den kritischen Köpfen in der DKP um und spart die internen Gründe ihrer Niederlage aus. Sie sind sicher nicht nur am entschiedenen Widerstand der SED gescheitert, der die DKP-Krise wie ein Menetekel ihres eigenen Zusammenbruchs erscheinen mußte, sondern auch an den eigenen Widersprüchen. So wagten die „Erneuerer“ nicht, am Tabu der finanziellen und organisatorischen Abhängigkeit von der SED zu rütteln, und setzten stattdessen auf eine Wende an der Spitze der Bruderpartei. Die wichtigsten Repräsentanten der Erneuererströmung waren selber Teil des hauptamtlichen Apparats, sie dachten darum mehr an die Übernahme der Macht und die Umgestaltung von oben als an die basisdemokratische Mobilisierung der Partei. Die Strukturen in den „erneuerten“ Bezirken blieben die gleichen, der hauptamtliche Apparat bestimmte weiterhin die Politik. Auch die Reformer taten sich schwer, die altstalinistischen Verhaltensregeln der Partei- und Körperschaftsdisziplin abzulegen, und hatten durchweg eine panische Angst vor der „bürgerlichen“ Presse.

Als Wilke, Müller und Brabant ihr Manuskript abschlossen, sah es so aus, als habe das letzte Stündlein der DKP bereits geschlagen, als hätte sie nicht mehr die Kraft, sich von dem Schlag zu erholen, den ihr die Niederlage der SED in der DDR zugefügt hat. Gegenwärtig deutet jedoch einiges darauf hin, daß die DKP sogar diese Katastrophe überstanden hat. Offenbar ist es dem apparativen Kern mit Hilfe altbewährter Verbindungen gelungen, wenigstens einige Bestandteile der Kriegskasse und des Funktionärskadens zu retten. Gegenwärtig machen die geschlagenen Reste sogar Anstalten, sich auf dem Boden der ehemaligen DDR auszubreiten, als Konkurrenz zur PDS, der die Abkehr vom Stalinismus scheinbar überzeugender gelungen ist.

Das letzte Wort über die DKP ist auch mit diesem Buch noch nicht gesprochen.

Selbst wenn man ihre Ziele als „verfassungsfeindlich“ einstuft, kann doch als sicher gelten, daß die DKP nie eine reale Bedrohung der westdeutschen Demokratie bedeutet hat. Sie wurde gewaltig überschätzt, vom eigenen Anhang und von ihren politischen Gegnern. Die Gegenmaßnahmen des Staates, vor allem der Radikalenerlaß, waren unangemessen und haben den Stalinisten in der Parteiführung in die Hände gearbeitet. Die „Berufsverbotsopfer“ waren für den Apparat der DKP hochwillkommene Märtyrer und verschafften der Führung im

Inland wie im Ausland moralische Legitimation. Wilke beschreibt diese Seite der Parteigeschichte. Ein gerechtes Urteil wird aber berücksichtigen, daß die Kommunisten dieses Landes nicht bloß Unheil angerichtet und für verkehrte Ziele gestritten haben. Die große Mehrheit der Parteimitglieder hat sich, abgesehen vom fremdbestimmten apparativen Kern, mit bestem Glauben für eine ehrliche Sache eingesetzt, für eine Sache, die allerdings schon längst verloren und von den eigenen Genossen verraten war.

Peter Schütt, Hamburg